

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Vorplatz, Nr. 15190-15197.

Wittwoch, den 15. Januar 1919

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Vorplatz, Nr. 11753-54.

800 000 Deutsche in Kriegsflaverei.

Der Rücktransport der Kriegsgefangenen aus Deutschland wird in diesen Tagen beendet, von der Rückkehr der deutschen Gefangenen aus dem feindlichen Ausland ist aber noch nicht die Rede: ihre jahrelange Zurückhaltung ist von der Entente, namentlich von Frankreich geplant. Das verstoßt gegen allen bisherigen Kriegsbrauch und gegen alle Gebote der Menschlichkeit.

Die „Unterkommission für Kriegsgefangene“ der Deutschen Waffenstillstandskommission in Spa schildert in einem langen Schriftstück die hoffnungslose Erfolglosigkeit ihrer Bemühungen, von den Gegnern die Rückkehr der deutschen Kriegsgefangenen zu erreichen. Das Schriftstück klingt in folgende Worte aus:

Es gibt nur eines: Der Zusammenbruch des ganzen Volkes, das sich ohne Parteihader in dieser einen Frage finden muß. Hier tut eines bitter not: Der Appell des ganzen Volkes an die gesamte Menschheit, um die furchtbare Grausamkeit des Verfahrens der Entente-Regierungen zu brandmarken. Ob reich, ob arm, ob hoch, ob niedrig, ob Freund oder Feind, in dieser Frage müssen sich alle Deutschen über die Missetat des Parteihaders hinweg die Hand reichen, nur ein Gebot muß das deutsche Volk in seiner Selbsterhaltung befehlen: Die schnellste Herausgabe unserer Brüder, Satten und Söhne aus der Gewalt unserer Gegner.

Rassensammungen der Angehörigen müssen kundtun, was sich in der deutschen Volkseele abspielt. Die dort gefaßten Resolutionen müssen durch die Zeitungen aller Sparteilichtungen der ganzen Welt kundgetan werden. Die Neutralen, die Entente-Regierungen, insbesondere Amerika, müssen durch Druck und Aufsicht werden.

Es gilt, das Gewissen der ganzen Welt zu wecken.

Vor über den Erbteil muß der gesamte Wille des deutschen Volkes kundtun, daß das unerbittliche Verfahren gegen deutsche Kriegs- und Zivilgefangene einen unauflösbaren Haß im ganzen deutschen Volke erregt und den großen Geboten des Völkervertrages verstoßen muß.

Den deutschen Männern, die lange Jahre hindurch ihrem Vaterlande das süßste Gut, die persönliche Freiheit, zum Opfer brachten, muß das ganze Vaterland jetzt die Treue bewahren!

Ja, diesen 800 000 geht es schlechter als den Hundert, die in Berlin gefangen genommen werden mußten, und sie sind unschuldig! Wer auf „Klauenbefreiung“ bedacht ist, sollte Zeit haben, auch an sie zu denken!

Die ersten Pariser Beratungen.

TK. Genf, 13. Januar. In Paris wird halbamtlich bekannt gegeben, daß an der gestrigen ersten Beratung der alliierten Großmächte Präsident Wilson, Lloyd George, Clemenceau und Orlando teilnahmen.

Paris, 13. Januar. (Hauptnachricht.) Die Sitzung des internationalen Kriegesrates am Sonntag Nachmittag am Quai d'Orsay behandelte die Verankerung des Waffenstillstandes. Beschlossen wurde die neuen Bedingungen Montags, den 13. Januar, bekannt zu geben. Dann wurde die Frage, wieviel Vertreter jede Nation zur Friedenskonferenz entsenden sollte, erörtert. Die französische Gruppe schlug 5, 4, 3, 2 oder 1 Vertreter für je einen Staat vor, je nach der Rolle, die der betreffende Staat im Kriege gespielt habe. Diese Besprechung führte nicht zur Einigung. Man nimmt an, daß der Oberste Kriegsrat bis Montag vielleicht auch über die Frage der Friedenskonferenz schlüssig werden wird.

London, 13. Januar. Eine amtliche britische Verlautbarung aus Paris besagt, daß die britische Reichsdelegation heute morgen verschiedene mit der kommenden Friedenskonferenz zusammenhängende Fragen erörterte. Unter den vom Obersten Kriegsrat bezüglich der Verankerung des Waffenstillstandes festgesetzten Punkten befinden sich die Fragen bezüglich der Uebergabe der deutschen Schiffe und der deutschen, bisher noch im Bau oder in Reparatur befindlichen Unterseeboote, die Vollendung der Uebergabe des Eisenbahns- und Transportmaterials und der aus den alliierten Gebieten mitgenommenen Maschinen. In einer zweiten Sitzung, die als nicht formelle Konferenz abgehalten wurde, wurde beschlossen, daß die

erste formelle Sitzung der Internationalen Präliminarkonferenz

am nächsten Sonnabend stattfinden soll.

Paris, 13. Januar. (Davas.) Durch Erlaß wird bei der Militärpräsidialkommission ein aus 10 Personen bestehender Rechtsausschuß zu gutachtlicher Mitwirkung bei der Friedenskonferenz geschaffen.

Danzig, 14. Januar. In einem Zeitartikel bespricht die „Times“ die Arbeiten der Friedenskonferenz und sagt, daß es für den Augenblick unmöglich sei, anzugeben, wie lange die Friedens-

konferenz dauern werde. Man werde alles daraufsetzen, die Besprechungen so kurz wie möglich zu gestalten und so wieder zu dem Friedenszustande zurückzukommen, der von allen alliierten Nationen erstrebt werde. Es werde sich um einen Deutschland zu diktierenden Frieden handeln, jedoch würden die Deutschen anfangslegenden Bedingungen mäßig sein und nicht im entferntesten den gleichen, welche Deutschland, wäre es als Sieger aus dem Weltkrieg hervorgegangen, den Alliierten auferlegen wollte, wie es auch vielfach versichert hat.

Die Forderungen der Alliierten.

T. K. Genf, 13. Januar. Der „Rath“ will aus unterrichteter Quelle erfahren haben, daß beim Bureau der Friedenskonferenz von den einzelnen Alliierten folgende Forderungen angemeldet worden seien:

Frankreich verlangt die Annexion Elsass-Lothringens, militärische Sicherungen, deren Umfang durch die Verhandlungen festgesetzt werden soll, und ein Teil Syriens. Die englischen Ansprüche erstrecken sich in der Hauptsache auf die Kolonien und sind nach Interessensphären zwischen dem Mutterland und den Dominionen verteilt. Für sich selbst verlangt Großbritannien vor allem türkisches Gebiet, das als Brücke zwischen den afrikanischen Besitzungen und Indien gedacht ist. Italien will die Hand auf den Trentino, Istrien und Dolmatien legen, gerät aber damit im Gegensatz zu den Südslaven, die Dolmatien gleichfalls für sich haben wollen.

Belgien hat einen Teil von Dinaburg und die freie Benutzung der Scheldemündung angewandt, Rumänien wünscht Bessarabien, die Bukowina und einen Teil des Banats, Serbien macht gleichfalls auf den Banat und in Mazedonien geltend, Griechenland verlangt den nördlichen Teil von Epirus, Gebietszuwachs in Thrazien und Kleinasien. Alle anderen fristigen Fragen sollen auf Grundlage des Nationalitätsprinzips auf der Friedenskonferenz geregelt werden.

Im Westen beschlagnahmte deutsche Werte.

Raunheim, 14. Januar. Die Franzosen haben bis jetzt in dem von ihnen besetzten Gebiet Metalle, besonders Metalle, im Werte von ungefähr 8 Millionen Mark beschlagnahmt.

Protest Montenegros gegen Serbien.

Bera, 14. Januar. Tribuna veröffentlicht einen Protest Montenegros gegen seine Vergewaltigung durch die Serben mit Unterstützung der französischen Besatzungstruppen. Die Montenegriner und Serben liefern in Cetinje und anderswo wahre Schlochten. Die Montenegriner zogen sich in das Gebirge zurück.

Nach Meldung des Vorwärters Post-Ber. versuchten montenegrinische Bauern am serbischen Weihnachtsabend einen Putz im Interesse der Dynastie. Der Putz schlug fehl.

Eine Demarkationslinie gegen Polen.

TK. Genf, 14. Januar. (Meldung der „Zeitungspost-Kompagnie“.) An der im französischen Auswärtigen Amt stattgefundenen Konferenz zwischen den leitenden Staatsmännern der Alliierten nahm auch Marshall Foch teil, der erklärte, daß Deutschland das Kriegsmaterial gemäß den Waffenstillstandsbedingungen abgeliefert habe, daß aber in der Auslieferung der Lokomotiven und des rollenden Materials eine Verzögerung eingetreten sei. Die Auslieferung der französischen Kriegsgefangenen läge als befriedigend gelten, nicht aber das körperliche Befinden. Nach den Erklärungen Fochs soll der Waffenstillstand verlängert werden, die Entente müsse aber neue Forderungen aufstellen, für deren Erfüllung als Gegenleistung die Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln in Betracht gezogen werden könne. Einen breiten Raum in der Debatte nahm die Verhandlung über die Auslieferung der deutschen Handelsflotte ein. Der französische Marineminister machte den Vorschlag, wozu Ueberwachung der Ablieferung einige deutsche Häfen zu bestehen.

Die deutsch-polnischen Gegensätze wurden gleichfalls erörtert. Beschlüsse wurden jedoch nicht gefaßt. Die Konferenzteilnehmer waren sich aber darüber einig, daß den Kämpfen durch Festsetzung einer Demarkationslinie ein Ende gemacht werden müsse und daß gleichzeitig von Deutschland verlangt werden müsse, daß der Bolschewismus in Rußland weder direkt noch indirekt von Deutschland aus unterstützt werde.

Das Wahlergebnis in Baden.

TU. Baden, 14. Januar. Das Ergebnis der Wahlen stellt sich wie folgt: Zentrum 11 Sitze, Sozialdemokratie 35, Demokraten 24, Deutsch-Nationale 7 Sitze und Unabhängige mit 1500 Stimmen keinen Sitz.

Vier Tage vor der Wahl.

Nur allmählich beginnt sich Berlin wieder daran zu erinnern, daß am nächsten Sonntag gewählt wird. Durch das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht aller erwachsenen Männer und Frauen wird das deutsche Volk selbst entscheiden, welche Regierung und welche Regierungsform es sich zu geben wünscht.

Die Sozialdemokratie, die durch die Welle der revolutionären Bewegung an die Spitze des Reichs getragen worden ist, kämpft diesmal um die ganze Macht. Ihr Ziel ist es, in der kommenden Nationalversammlung eine Mehrheit zu erhalten, mit deren Hilfe sie die Verfassung der Republik so gestalten kann, wie es den Interessen und Wünschen des schaffenden Volkes entspricht, und damit für den Aufbau des Sozialismus die notwendigen Grundlagen zu schaffen.

Bei diesem schweren Entscheidungskampf ist nun ein, wenn auch nur geringer, Bruchteil der Arbeiterschaft der Sozialdemokratie in den Rücken gefallen. Dieser Bruchteil hat sich von der Bahnidee einsangen lassen, der Aufbau des Sozialismus sei möglich ohne ja gegen den Willen der Volksmehrheit. Er glaubt, mit Gewalt sein Ziel erreichen zu können und sieht in dem Bestreben, durch gewaltlose Volksentscheidung zum Sozialismus zu gelangen, nichts als Konturrevolution und Verrot des Proletariats an die herrschenden Klassen. Rosa Luxemburg lehrt in der „Roten Fahne“, daß alle Wahlsiege unübt seien und daß man durch Niederlegen im Straßenkampf den Sieg des Sozialismus vorbereite.

Sie übersehen, daß z. B. die Niederwerfung des Kommunismus von 1871 in Paris den französischen Sozialismus für Jahrzehnte zur Bedeutungslosigkeit verurteilt hat, und daß seine Wiederbelebung nur der konsequenten Beteiligung an den Wahlen und der Auserkennung der demokratischen Grundzüge, wie sie besonders durch den großen Jaures erfolgte, zu danken ist. Sie überlegen nicht, was aus dem Sozialismus in Rußland zu werden droht, wenn dort eines Tages, was ja kaum noch lange dauern kann, die bolschewistische Gewalt Herrschaft zusammenbricht. Auch der Sozialismus in Deutschland wäre für Jahrzehnte tot, wenn er sich mit Spartakus identifizieren wollte.

Aber die Niederlage von Spartakus ist glücklicher Weise keine Niederlage des Sozialismus. Der Sozialismus in Deutschland steht und fällt mit der großen sozialdemokratischen Partei, die von Spartakus nicht wissen will, und er ist durch die Niederwerfung der Spartakusbunde nicht vernichtet sondern gerettet worden. Wäre es den Liebknecht, Ledebour und Scholze gelungen, sich mit Gewalt in den Sattel zu heben und hätten sie ihre Regierungetaten für Sozialismus angeben dürfen, so wäre der Sozialismus dadurch nur kompromittiert worden.

Erreicht haben die Spartakisten nur durch ihr Treiben, daß die einzig vernünftige und erfolgversprechende Arbeit für den Sozialismus, die der Sozialdemokratie, erschwert worden ist. Gewaltige Wählergruppen, die in den ersten Revolutionstagen gar nichts anderes dachten, als sozialdemokratisch zu wählen, sind durch den Spartakusterror nach rechts gedrückt worden. Spartakus ist der Wahlmacher der bürgerlichen Parteien.

Die Wahlen in Süddeutschland zeigen, daß es gewaltiger Anstrengungen bedarf, um das Ziel, die sozialdemokratische Mehrheit in der Nationalversammlung zu erreichen. Zu diesem Zweck wird das große volkreiche Preußen weitmachen müssen, was in Süddeutschland zur Mehrheit fehlt. Die Nachrichten, die wir aus dem Lande erhalten, berechtigen durchaus zu der Hoffnung, daß die Sozialdemokratie bei den Reichswahlen ganz enorme Fortschritte machen wird, zumal auch das platte Land aus dem Dornroschenschlaf erwacht ist und längst aufgelöst hat, die sichere Domäne der konservativen Parteiherrschaft zu sein.

Zu einer über sind die Wahlen in Süddeutschland durchaus beweiskräftig. Sie zeigen, daß die Erfolgsmöglichkeiten des Sozialismus ganz und gar von der alten sozialdemokratischen Partei abhängen, und daß nach links hin abgeplitterte Gruppen nichts bedeuten. Die Sozialdemokratie zeigt sich bei allen Volksabstimmungen immer und immer wieder als die große sozialistische Volkspartei, was sich außerhalb ihrer zum Sozialismus rechnet, kommt über die Bedeutung einer kleinen Sekte nicht hinaus. Es ist schade um jede sozialistische Stimme, die von der Sozialdemokratie nutzlos abplittert.

Alle, die sozialistisch denken, alle, die Interessen der geistigen und körperlichen Arbeit gegen tote Besitzinteressen zu wahren haben, alle die noch unterdrückt sind und deren

